

## **Europa muss erwachsen werden**

Die EU muss heute eine klare Botschaft formulieren: Wir sind eine politische Gemeinschaft, die schützt und sich kümmert – nach außen wie nach innen. Diese Botschaft ist wichtig, für ihre Bürger und im eigenen Interesse.

### **I. Europa in der Welt**

Die EU lebt heute eingezwängt zwischen Trumps „America First“-Politik, Putins Kriegstreiben und Xi Jinpings Seidenstraßen-Politik, die bis in die EU hineinreicht. Sie erlebt einen Epochenbruch, politisches Vertrauen schwindet, Angst und Unsicherheit nehmen zu.

Sicherheitspolitisch ist die Union zusehends auf sich gestellt und kann sich, weil uneins, nicht selbst verteidigen. Das Ergebnis ist ein Stabilitätsverlust. Einigkeit scheint nur bei der Abwehr von Trumps Handelspolitik und beim Brexit zu bestehen. Als naher Nachbar des Nahen Ostens, Nordafrikas und Schwarzafrikas steht die EU unter hohem Migrationsdruck. Die Außengrenzen im Mittelmeer sind schwer zu sichern. Die ungleiche Verteilung der Migranten und Flüchtlinge innerhalb EU entzweit die Mitgliedsstaaten: die Ost-Staaten, einschließlich Österreich, sind nicht oder immer weniger bereit, Flüchtende aufzunehmen. Auch Italien nimmt immer weniger Flüchtlinge auf, diese weichen daraufhin nach Spanien aus. In vielen Mitgliedsstaaten führt Migrationsdruck, auch wenn dieser inzwischen etwas nachgelassen hat, zu sozialen und politischen Verwerfungen

Die Angst die durch Migration ausgelöst wird, mischt sich mit dem Gefühl allgemeiner Unsicherheit, in vielen EU-Staaten verstärkt durch Terroranschläge im Zusammenhang mit den Kriegen in Nahost und Afghanistan, häufig begangen von Zuwanderern oder deren Kindern.

### **II. Europas Wirtschaft und Gesellschaft**

Zehn Jahre nach Beginn der Finanzkrise, acht Jahre nach Einsetzen der Euro-Krise wächst die Wirtschaft der EU und der Euro-Länder wieder. Die Arbeitslosigkeit ging größtenteils zurück, im Juni 2018 in Spanien auf rund 15 %, in Deutschland auf 4,4 %. Einige Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Spanien, Portugal und Italien, kämpfen dennoch weiter mit den Folgen der doppelten Krise. Die Inflation steigt langsam auf gut 2 Prozent, was Wachstumseffekte für viele Lohnempfänger schmälert. Auch in Deutschland kommt der ökonomische Erfolg nicht bei allen an – die „Zurückgelassenen“ begehren auf, nicht nur im Osten des Landes.

In fast allen Mitgliedstaaten ist das Erstarken von populistisch-nationalistischen Parteien mit einer zum Teil sehr scharfen Ablehnung von Migration, Multilateralismus und europäischer Integration zu beobachten. Spanien bildet

hier, gemeinsam mit Irland und Luxemburg eine Ausnahme. In Spanien erstarben dafür, wie auch in Belgien und dem Vereinigten Königreich regionale oder sogar separatistische Bewegungen, die ebenfalls das Gefüge der Europäischen Union in Frage stellen. Innerer Wandel der Demokratien und populistische Kritik bestimmen die öffentliche Debatte stärker als Sachargumente und vielversprechende wirtschaftliche Daten. In vielen Mitgliedsstaaten ist das Parteiensystem zersplittert und in tiefem Wandel. Mehrheits- und Regierungsbildung sind nicht nur in Deutschland und Spanien zunehmend schwierig. Auf diese Weise nehmen Spielräume für politische Entscheidungen ab und es wachsen Zweifel am System der repräsentativen Demokratie. Die Wahlen 2019 zum Europäischen Parlament werden offenbaren, wie sehr Europa noch geeint oder schon gespalten ist. Sie könnten populistisch-nationalistisch-europaskeptischen Parteien von links und rechts im Parlament eine relative, schlimmstenfalls sogar absolute Mehrheit bringen.

Die zunehmende Schwächung des inneren Zusammenhalts der EU entsteht in erster Linie durch den Streit um Zuwanderung (Ost-Mitglieder lehnen Aufnahme von Migranten ab), aber auch durch Drohungen: Italien droht mit dem Ausstieg aus dem EU-Budget; Polen droht Urteile des EuGHs nicht anzuerkennen, ähnlich Rumänien und Ungarn; Frankreich und Deutschland drohen mit Reduzierung der EU-Mittel für jene, die keine Flüchtlinge aufnehmen.

Das Grundproblem der EU ist, dass der rapide Wandel der Welt immer schnellere Antworten erfordert. Doch mit 28 Partnern und nach den geltenden EU-Regeln dauern Kompromisse und Entscheidungen immer länger: Das ist nicht wirklich effizient und es fehlt zudem an Mut zu überfälligen Reformen.

### **III. Europa und die Sicht der Bürger**

Seit 2015 sprechen sich in allen eupinions-Umfragen der Bertelsmann Stiftung über 50 % der Befragten für mehr politische und wirtschaftliche Integration der EU aus. Weniger Integration fordern je nach Land ein Viertel bis ein Drittel der Befragten.

Selbst die Italiener, die skeptisch auf ihr Land als EU-Mitglied sehen, wünschen sich zu 70 % mehr Integration und werden hierin nur noch von den Spaniern (73 %) übertroffen.

Die Globalisierung bewerten 60 % der Befragten als eine gute Gelegenheit. 40% empfinden sie als Bedrohung. 71% der Befragten sehen ihre persönlichen Zukunftsaussichten positiv und die große Mehrheit, 82% der befragten EU-Bürger, finden, die EU sollte eine stärkere Rolle in der Welt spielen.

Die strategischen Folgen und Leitfragen dieser Daten sind folgende: Unter den 40 Prozent, die die Globalisierung als Bedrohung empfinden, findet sich der Bodensatz für nationalpopulistische Parteien quer durch die EU. Menschen, die verängstigt sind und mit den schnellen Entwicklungen in Technologie und Gesellschaft nicht mithalten können. In manchen Ländern regieren sie (mit); in manchen Ländern machen sie lautstark Opposition, darunter auch in

Deutschland; Spanien bildet hierbei noch die Ausnahme, wie auch Irland und Luxemburg. Es muss Aufgabe gemäßiger Politik sein, diese Menschen erreichen zu wollen.

Die Botschaft muss klar und ehrlich lauten: Ja, es gibt auch in unseren Gesellschaften in Europa Gewinner und Verlierer des Wandels. Ja, es ist ungerecht, wenn in vielen unserer Länder 1 Prozent der Bevölkerung 40 oder 50 Prozent des Reichtums und Wohlstands besitzt. Das war nicht immer so und muss darum nicht so bleiben.

Die Bertelsmann Stiftung macht Vorschläge für eine gerechtere und soziale Marktwirtschaft - wie sie in den Europäischen Verträgen übrigens alle 28 Regierungen unterschrieben haben.

Projekt: Europas Zukunft – Europa stärken und verbinden

Ansprechpartner:

Joachim Fritz-Vannahme